



# REGIERUNGSERKLÄRUNG

Für eine zukunftsfähige Gemeinschaft

16. September 2019  
Oliver Paasch, Ministerpräsident

Sehr geehrter Herr Präsident,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich freue mich Ihnen heute unser Regierungsprogramm für die beginnende Legislaturperiode vorstellen zu dürfen.

Zum ersten Mal in der Geschichte unserer Gemeinschaft sind nach einer Wahl alle ausgeschiedenen Minister in ihren Ämtern bestätigt worden.

Das hat den Vorteil, dass wir uns nach den Wahlen ohne lange Einarbeitungszeit wieder an die Arbeit machen konnten.

Dafür sind wir sehr dankbar. Das verspricht Kontinuität, Verlässlichkeit und fachkundiges Regierungshandeln.

Gleichzeitig stellen wir fest, dass wir mit einem Durchschnittsalter von 40,25 Jahren wahrscheinlich eine der jüngsten Regierungen in Belgien sein werden.

Das ist keine Qualität in sich.

Aber es verspricht Dynamik, Innovation, Tatkraft und Leidenschaft in der Politikgestaltung.

Wir haben uns für die kommenden Jahre ein sehr ehrgeiziges Programm vorgenommen, für das wir genau diese Eigenschaften brauchen werden:

Einerseits Verlässlichkeit und Kompetenz; andererseits Innovationsgeist, Tatkraft und Leidenschaft.

Das Regierungsprogramm enthält eine **rekordverdächtige Anzahl an Projekten und Reformvorhaben**.

Alleine das neue REK III umfasst 175 Seiten.

Unser Programm ist deshalb so umfassend, weil sich die Welt um uns herum rasant verändert.

Wir leben in unsicheren, krisengeschüttelten Zeiten.

Der **Klimawandel** droht die Existenzgrundlage der gesamten Menschheit zu zerstören. Hunderttausende Menschen – vor allem junge Menschen - gehen seit Monaten zu Recht auf die Straße, um die Politiker an ihre Verantwortung für den Klimaschutz zu erinnern.

Die **Globalisierung** macht den Menschen Angst. Viele Menschen sorgen sich um die Zukunft ihrer Kinder. Das gilt nicht nur für Menschen, die heute schon in Armut leben und ausgegrenzt werden. Das gilt auch für wohlhabende Menschen, die fürchten, dass es ihren Kindern schlechter gehen könnte als ihnen selbst, dass sie ihren Wohlstand nicht werden halten können.

Gleichzeitig nimmt die **Migration** zu. Derzeit sind 70 Millionen Menschen auf der Flucht. Auf der Flucht vor dem Klimawandel, vor Krieg, Gewalt, Zerstörung und menschenunwürdiger Armut. 70 Millionen Menschen.... So viele wie nie zuvor. Und wir können jetzt schon annehmen, dass diese Zahl weiter ansteigen wird.

Die **Digitalisierung** löst ebenfalls Zukunftsängste aus. Unser Leben hat sich durch digitale Innovationen spürbar verändert. Aber das war nur der Anfang. Die Digitalisierung wird in exponentieller Geschwindigkeit fortschreiten und die Gesellschaft nachhaltig beeinflussen.

Hinzukommt die Sorge, dass uns mal wieder eine **globale Wirtschaftskrise** bevorsteht. Protektionismus, Egoismus und Handelskriege haben das Klima in der Weltwirtschaft deutlich eingetrübt. Die Wirtschaftsprognosen für die Eurozone werden immer düsterer. Die BRD befindet sich erstmals seit der letzten Weltwirtschaftskrise wieder am Rande einer Rezession. Und die makroökonomischen Daten für unser Land und damit für die Einnahmen der DG sind kaum besser.

Nicht zu vergessen das Risiko eines ‚No Deal Brexit‘, der gerade unser Land besonders schmerzhaft treffen würde.

In solchen Zeiten gibt es **viele Verlierer und nur wenige Gewinner**.

Gewinner sind eigentlich nur die Extremisten und Populisten, die sich überall ausbreiten. Sie nutzen die Zukunftsängste der Menschen schamlos aus, wecken unrealistische Erwartungen, machen Stimmung gegen Minderheiten, predigen Hass und Nationalismus.

Sie gaukeln den Menschen vor, man könne die globalen Herausforderungen bewältigen, indem man sich isoliert und andere ausgrenzt. Sie bieten für nichts eine ernstzunehmende Lösung an. Im Gegenteil.

Wenn Populisten an die Macht kommen, wird Regierungshandeln zu einer Gefahr für die Menschheit; werden blinder Egoismus, Nationalismus, oftmals auch Rassismus zu einer Bedrohung für Frieden, Freiheit und Demokratie.

Man denke nur an die zerstörerische Politik des aktuellen brasilianischen Präsidenten.

Oder an die geschichtsvergessene Politik des Präsidenten der USA, der jeden Tag neue Luntten legt, friedenssichernde Abkommen über Bord twittert, Mauern baut und folgenschwere Handelskriege vom Zaun bricht.

Auch innerhalb der EU gibt es solche Politiker, die unsere Werte von Menschlichkeit, Freiheit, Solidarität und Rechtsstaatlichkeit mit Füßen treten.

Das Verhalten des ehemaligen italienischen Innenministers beispielsweise im Umgang mit hilfeschuchenden Menschen, die er lieber ertrinken lässt als sie kurzfristig aufzunehmen, ist eine Schande! Hier werden im Zweifel Menschenleben für Umfragewerte geopfert. Das hat nichts mehr mit den Werten der EU zu tun.

Und auch in anderen Mitgliedsstaaten der EU sind Meinungs- und Pressefreiheit bedroht. In vielen europäischen Ländern sind Rechtsextreme, Nationalisten und Populisten auf dem Vormarsch. Diese Entwicklungen müssen uns zu denken geben.

Kolleginnen und Kollegen,

**was bedeutet all das für uns hier in Ostbelgien?**

Nun, feststeht: in Ostbelgien lässt es sich immer noch vergleichsweise gut leben.

Das behaupte nicht nur ich. Das sehen 98 % der Menschen, die hier leben, laut Umfragen genauso.

Feststeht aber auch, dass globale Entwicklungen uns nicht unberührt lassen. Sie ziehen nicht einfach so über uns hinweg.

Nein, sie haben einen Einfluss auf unser aller Leben, auf die Gesellschaft und auf unser politisches Handeln.

Unsere Möglichkeiten, diese globalen Entwicklungen zu beeinflussen, sind natürlich sehr begrenzt. Trotzdem sollten auch wir global denken und lokal handeln.

Die globalen Entwicklungen zeigen vor allem Eines auf: **die Welt verändert sich** – und zwar in einer nie dagewesenen Geschwindigkeit.

Und weil wir wissen, dass sich manche Veränderung nicht aufhalten lässt; müssen auch wir uns weiterentwickeln.

Mehr denn je gilt heute: Stillstand bedeutet Rückschritt.

Wenn wir die Lebensqualität in Ostbelgien aufrechterhalten wollen;

wenn wir die Lebensbedingungen der Menschen verbessern wollen;

wenn wir den Menschen Zukunftsängste nehmen und ihnen stattdessen neue Zukunftschancen eröffnen wollen;

wenn wir wollen, dass die Menschen in Ostbelgien hoffnungsfroh in die Zukunft schauen können;

dann **müssen wir den Mut zu Veränderungen aufbringen;**

dann müssen wir **verändern um zu bewahren;**

dann müssen wir ordnungspolitische Rahmenbedingungen und öffentliche Dienstleistungen so anpassen, dass sie mit globalen Entwicklungen Schritt halten können;

dann dürfen wir keine Angst vor Tabus haben;

kurzum dann müssen wir **unsere Gemeinschaft zukunftsfähig machen!**

Genau das haben wir uns vorgenommen!

Wir wollen und wir werden alles tun, **um unsere Gemeinschaft in unsicheren Zeiten und vor dem Hintergrund globaler Veränderungen krisenfest und zukunftsfähig zu machen!**

Grundlagen hierfür werden zum einen das sogenannte Laufende Arbeitsprogramm der Regierung und zum anderen das REK III sein.

Das Laufende Arbeitsprogramm der Regierung ist ein flexibles Arbeitsinstrument, mit dem wir auf Entwicklungen zeitnah reagieren können. Es enthält zahlreiche konkrete Projekte und wird ständig aktualisiert. Wir werden Ihnen den aktuellen Entwurf dieses Programms im Zuge der anstehenden Haushaltsdebatten unterbreiten.

Das REK III wiederum beschreibt auf 175 Seiten 32 Zukunftsprojekte.

Zur Erinnerung:

Um eine nachhaltige Zukunftsgestaltung der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu ermöglichen, hatte die Regierung in den Jahren 2008-2009 eine **Zukunftsvision „Ostbelgien leben 2025“**, erarbeitet.

Im April 2010 wurde ein erstes Umsetzungsprogramm veröffentlicht und bis 2014 umgesetzt.

Das zweite Umsetzungsprogramm des REK wurde im Mai 2015 dem Parlament vorgestellt. Auch dieses Umsetzungsprogramm konnte mittlerweile abgeschlossen werden.

Um den Langzeitprozess 2009-2025 nun abzuschließen, hat die Regierung ein drittes und letztes REK-Umsetzungsprogramm vorbereitet, das wir dem Parlament heute unterbreiten.

Um einen breiten Dialog darüber zu ermöglichen, hatte die Regierung schon vor mehr als einem Jahr, am 30. August 2018, ein umfangreiches Thesenpapier mit 31 Projektvorschlägen für das REK III veröffentlicht.

In zwei Konsultierungsschleifen erhielt die organisierte Zivilgesellschaft die Möglichkeit, der Regierung ihre Anmerkungen, Empfehlungen und Kommentare zu übermitteln.

Ebenso hat sich die Regierung bemüht, den Bürgerinnen und Bürgern selbst die Möglichkeit zu geben, ihre Meinung zu sagen.

Neben klassischen Impulsveranstaltungen in der ersten Jahreshälfte 2019 wurde ein Online-Konsultierungstool veröffentlicht, das es insbesondere weniger mobilen oder zeitlich eingespannten Bürgerinnen und Bürgern ermöglichen sollte, uns ihre Kommentare zu übermitteln.

Nicht zuletzt konnten im März 2019 ostbelgische Jugendliche ihre Zukunftsvorstellungen für die Region in ein 4-minütiges Video einfließen lassen.

Im Oktober 2018, im Januar 2019, im Juli 2019 und im September 2019 haben wir das Dokument zudem ausgiebig mit den Sozialpartnern (WSR) konzertiert.

Über mangelnde **Dialogbereitschaft der Regierung** kann also ganz bestimmt niemand klagen.

Im Gegenteil.

Wir haben alle Empfehlungen und kritischen Bemerkungen geprüft und überall dort, wo dies möglich war, entweder in das REKIII oder in das laufende Arbeitsprogramm der Regierung aufgenommen.

Allen Organisationen, Vereinen und Institutionen, allen regionalen Partnern und allen Bürgerinnen und Bürgern möchten wir hiermit in aller Deutlichkeit vermitteln:

Ihre Meinung ist uns wichtig! Ihre Meinung zählt!

Das gilt natürlich ganz besonders für die Mitglieder dieses hohen Hauses.

Schon vor den Wahlen hatte die Regierung dem Parlament den Entwurf des REK III im Rahmen einer Regierungserklärung vorgestellt.

Nach den Wahlen haben wir das Dokument erneut angepasst und allen Parlamentsfraktionen mit der Bitte um Stellungnahme übermittelt.

Im Sinne einer parteiübergreifenden Zukunftsgestaltung der DG will die Regierung alle konstruktiven Vorschläge, egal ob aus Mehrheit oder Opposition, bestmöglich in die Regierungsarbeit einfließen lassen.

Ich verzichte heute darauf, alle im LAP und im REK III aufgeführten Projekte vorzustellen.

Ich werde heute auch nicht auf den Haushalt der Gemeinschaft eingehen.

In weniger als einem Monat (am 14. Oktober 2019) werden wir dem Parlament ohnehin den gesamten Haushaltsentwurf der Regierung vorstellen.

Meine Redezeit ist zwar großzügig bemessen; erlaubt mir aber trotzdem nicht, mehrere hundert Seiten Regierungsprogramm vorzulesen.

Ich verweise deshalb auf die schriftlichen Anhänge zur Regierungserklärung, die Sie heute erhalten haben.

Erlauben Sie mir dennoch, auf **einige Schwerpunkte unseres Regierungsprogramms** einzugehen.

Wer **Veränderungen** durchführen will, um mit globalen Entwicklungen Schritt halten zu können, der sollte damit **zunächst bei sich selbst anfangen**; der sollte die Bereitschaft aufbringen, sein eigenes Tun kritisch zu hinterfragen – oder noch besser kritisch hinterfragen zu lassen.

Das muss auch für eine Regierung gelten.

Deshalb werden wir ein **externes Audit** in Auftrag geben, um die Arbeit, die Arbeitsabläufe, Arbeitsweisen, die interne Kommunikation und die Organisationsstrukturen unserer Dienste kritisch hinterfragen zu lassen.

Wir werden eine externe, spezialisierte Firma damit beauftragen, Optimierungspotentiale im Ministerium aufzuzeigen, nach Möglichkeiten der **Effizienzsteigerung** zu suchen und Veränderungen vorzuschlagen.

In der Zwischenzeit werden wir keine Verbeamtungen mehr vornehmen.

Neueinstellungen wird es nur im Rahmen neuer Zuständigkeiten geben.

**Die DG ist den letzten Jahrzehnten stetig gewachsen.**

Alleine durch die letzte Staatsreform haben sich Aufgaben und Haushalt der DG um 60 % erhöht.

Vor 30 Jahren waren wir noch nicht zuständig für das Unterrichtswesen, die Arbeitsmarktpolitik, die ÖSHZ und den Denkmalschutz.

Vor 15 Jahren waren wir noch nicht für unsere Gemeinden und auch nicht für den Sprachgebrauch im Unterrichtswesen zuständig.

Vor 5 Jahren waren wir noch nicht zuständig für das Gemeindedekret, die Kinderzulagen, die Justizhäuser, die komplette Seniorenpolitik, die Strafverfolgung und alle Krankenhausinfrastrukturen.

Vor 6 Monaten waren wir noch nicht zuständig für Raumordnung, Wohnungsbau und Energiepolitik. Eigentlich sind wir es heute auch noch nicht. Die Übertragungsdekrete treten erst in einigen Monaten in Kraft.

**Das alles ist im Laufe der Jahre hinzugekommen.**

An diesen Beispielen wird deutlich, wie fundamental sich die Arbeit der Gemeinschaft, ihrer Politiker und Mitarbeitenden im Laufe der Jahre verändert hat.

Wir feiern in diesen Jahren unsere 100-jährige Zugehörigkeit zu Belgien.

Unsere Gemeinschaft wird in dieser Legislaturperiode 50 Jahre alt. Die Regierung wird ihren 40. Geburtstag erleben.

Und wir denken, die **Zeit ist jetzt reif für eine weitere, tiefgreifende Verwaltungsreform**.

Wir werden in dieser Legislaturperiode eine **umfassende Verwaltungsreform** durchführen, um die Zukunftsfähigkeit unserer Einrichtungen sicherzustellen, Synergien zu ermöglichen und die Effizienz weiter zu steigern.

Dabei wollen wir das gesamte Unternehmen DG in den Blick nehmen.

Wir werden zum Beispiel auch den Dialog mit den DGG und den paragemeinschaftlichen Einrichtungen unserer Gemeinschaft suchen, um zu prüfen, ob die heutigen rechtlichen Rahmenbedingungen noch zeitgemäß sind und wo Optimierungspotential besteht.

Die Regierung ist bereit, in ihrem direkten Wirkungskreis – selbstverständlich im Dialog mit den Sozialpartnern – wirklich grundlegende Reformen durchzuführen.

Denn für uns steht nicht die Institution sondern der Mensch im Mittelpunkt.

Parallel dazu werden wir eine **Task Force zum Bürokratieabbau** einsetzen.

Mit Hilfe externer Experten wollen wir alle bestehenden Regeltexte unserer Gemeinschaft durchforsten, um zu überprüfen, wo Verwaltungsabläufe vereinfacht werden können und wo Verwaltungsaufwand abgebaut werden kann.

In 50 Jahren Gemeinschaftsautonomie sind tausende Dekrete, Erlasse und Rundschreiben verabschiedet worden.

Immer wieder klagen Bürgerinnen und Bürger, Lehrpersonen, Ehrenamtliche, bezuschusste Organisationen und Vereine über einen ständig steigenden Verwaltungsaufwand.

Die Untersuchung von Einzelfällen zeigt zwar häufig auf, dass nicht die DG sondern andere Entscheidungsebenen dafür verantwortlich sind.

Dennoch gibt es auch im Rahmen unserer Zuständigkeiten sicherlich Verbesserungspotential.

Wir wollen jedenfalls alle unsere Möglichkeiten nutzen, um Bürokratie abzubauen.

Wir wollen dazu beitragen, dass Ehrenamtliche, Schulen, Vereine und Organisationen sich maximal auf ihr Kerngeschäft, d.h. auf den Dienst am Menschen, konzentrieren können.

Das urdemokratische Prinzip der **Subsidiarität** ist uns sehr wichtig.

Es ist ein Leitmotiv der Regierungsarbeit und muss bei allen Entscheidungen, die wir treffen, beherzigt werden.

Dennoch gibt es offenbar Menschen, die den Eindruck gewonnen haben, die Regierung wolle sie gängeln oder bevormunden. Darauf haben nicht zuletzt die Fraktionsführer der Opposition hingewiesen, die ich im Sommer getroffen habe.

Darin liegt durchaus eine Gefahr, weil in unserer kleinen Gemeinschaft der Kontakt zwischen der Bevölkerung und der Regierung viel direkter ist als anderswo in der Welt.

Wir werden deshalb der Frage nachgehen, ob dieser Eindruck tatsächlich besteht und wenn dem so sein sollte, welches die Ursachen dafür sind.

Ich kann Ihnen versichern, dass wir die **Eigenverantwortung der Menschen** nicht schwächen sondern **stärken** wollen.

Darum haben wir uns zum Beispiel auch vorgenommen, die **Dörfer, Viertel und Städte zu stärken**.

Hunderte Vereine und Jugendgruppen machen Ostbelgien attraktiv und lebenswert, indem sie die Dörfer beleben, unsere Freizeit gestalten, zu Gemütlichkeit und Beisammensein aufrufen und einladen.

Es sind die Menschen, die Ostbelgien ausmachen.

Sie kennen ihr Dorf. Sie wissen, wo der Schuh drückt und oftmals kennen sie auch die Lösung für ihre Probleme.

In unserer Gemeinschaft werden engagierte Dorfgruppen bereits von verschiedenen Akteuren unterstützt.

Wir möchten nun einen Schritt weiter gehen und **stetige Begleitungs- und Unterstützungsangebote für die Entwicklungsprozesse in Dörfern und Vierteln** schaffen.

Seit mehreren Jahren beauftragt die Deutschsprachige Gemeinschaft die Ländlichen Gilden mit der „Durchführung von Initiativen im Bereich der Ländlichen Entwicklung“.

Mit dem Projekt „Dörfer und Viertel stärken“ sollen diese Initiativen ausgebaut und neue maßgeschneiderte Partizipationsformen entwickelt werden;

Wir werden einen rechtlichen Rahmen dafür schaffen.

Im Sinne der Subsidiarität werden **die Bürgerinnen und Bürger erstmals selbst die Möglichkeit erhalten, eigene Dorf- und Viertelprojekte autonom, in einem hierfür vorgesehenen Rahmen und mit eigens hierfür zugewiesenen Mitteln zu gestalten.**

Bei der Ausarbeitung dieses Konzepts werden wir selbstverständlich eng mit den Gemeinden zusammenarbeiten.

Die **Gemeinden** sind ohnehin unsere wichtigsten Verbündeten, wenn es darum geht – und darum sollte es uns immer gehen - die Lebensqualität der Menschen in Ostbelgien zu verbessern.

Der Dialog zwischen Gemeinschaft und Gemeinden muss aus unserer Sicht stets 2 Kriterien erfüllen.

1) Die politische Zusammensetzung von kommunalen Mehrheiten darf und wird niemals einen Einfluss auf eine Entscheidung der Regierung haben.

2) Der Dialog muss auf Augenhöhe geführt werden.

Die Gemeinschaft ist zwar Aufsichtsbehörde der Gemeinden.  
Aber unser Dialog darf nicht von Hierarchien geprägt sein.

Wir werden auch in der beginnenden Legislaturperiode mit den Gemeinden einen intensiven Dialog führen, der diese Kriterien erfüllt.

Wir haben in der letzten Woche alle 9 Gemeindekollegien einzeln getroffen und unsere Bereitschaft dazu bekräftigt.

Aber selbstverständlich begrenzen wir unsere Dialogbereitschaft nicht auf die Gemeindeverantwortlichen.

Wir wollen mit all unseren Partnern einen Dialog auf Augenhöhe führen.

Dazu gehören ganz besonders die **Sozialpartner**.

Wir haben am 05. September 2019 mit dem Wirtschafts- und Sozialrat (WSR) vereinbart, dass wir in den kommenden Jahren einen noch intensiveren Sozialdialog zu allen Aspekten der Regierungsarbeit führen werden

Zu unseren Dialogpartnern gehören neben den Gemeinden, den Sozialpartnern und der organisierten Zivilgesellschaft, im Grunde alle Bürgerinnen und Bürger, von denen sich bekanntlich viele ehrenamtlich engagieren.

Dass die Aufwertung des **Ehrenamtes** in dieser Legislaturperiode erneut eine Priorität der Regierungsarbeit darstellt, dürfte vor diesem Hintergrund selbstverständlich sein.

Ostbelgien lebt von dem hohen Engagement seiner Bewohner und einem dynamischen Vereinswesen.

Unsere Gesellschaft profitiert massiv davon, dass in der Krankenbetreuung, bei mobilen Hilfsdiensten, bei Kulturinitiativen, im Jugendsektor oder in Sportvereinen ehrenamtliche Helfer die Aufgaben der öffentlichen Hand mittragen.

Sehr häufig sind es Ehrenamtliche, die unseren Kindern das Schwimmen beibringen, Feuer löschen, Treffpunkte schaffen, Essen austragen, Sterbende auf ihrem letzten Weg begleiten und jenen unterstützend zur Seite stehen, die auf Hilfe angewiesen sind.

Allerdings stehen die Vereine vor großen Herausforderungen.

Zum einen gibt es akute Nachwuchsprobleme, insbesondere für die Vorstandsarbeit, und zum anderen wachsen die Anforderungen an das Vereinsmanagement, insbesondere der Verwaltungsaufwand.

Mit dem Zukunftsprojekt „Engagiert in und für Ostbelgien“ wollen wir die Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement verbessern und die Vereinsarbeit professionell unterstützen.

Eine konkrete Umsetzung ist bereits absehbar: die Gründung eines Leitverbands für den ostbelgischen Sport.

Unsere 250 Vereine im Sportbereich sollen durch den neuen Dachverband in täglichen, administrativen und strukturellen Aspekten der Vereinsarbeit unterstützt werden.

Kolleginnen und Kollegen,

die DG sollte nicht nur eine dynamische, lebendige, vielfältige Gemeinschaft sein sondern auch eine Gemeinschaft, in der Zusammenhalt und Solidarität gelebt werden.

Deshalb wird die Regierung die **Sozialpolitik** im weitesten Sinne wieder zu einem wichtigen Schwerpunkt ihrer Arbeit machen.

Ich kann jetzt schon ankündigen, dass wir in den kommenden Jahren unsere Investitionen in die Sozial- und Gesundheitspolitik erneut erhöhen werden.

Die Gestaltung der neuen Zuständigkeiten, die wir im Rahmen der 6. Staatsreform im Gesundheitsbereich vom Föderalstaat übernommen haben, wird uns in dieser Legislaturperiode weiter herausfordern.

In der vergangenen Legislaturperiode haben wir zum Beispiel die Krankenhausbaufinanzierung und die Seniorenpflege reformiert, den Fusionsprozess des SPZ und des KITZ unterstützt, die DSL geschaffen und die Anerkennung der Gesundheitsberufe vereinfacht.

Nun ist es an der Zeit, auch für die **mentale Gesundheit** eine größere Reform umzusetzen.

Zum einen, weil wir nun die Möglichkeit haben, die verschiedenen Dienstleistungen auf den genauen Bedarf der Menschen in Ostbelgien anzupassen.

Zum anderen, weil auf Ebene des Föderalstaates Reformen in der psychiatrischen Versorgung bereits umgesetzt wurden und weitere folgen werden.

Unser Ziel wird sein, die Bevölkerung und die Einrichtungen der mentalen Gesundheit bestmöglich zu unterstützen.

Es gilt, die notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen, um wertvolle Ressourcen zu schonen und Angebote zu optimieren.

Durch eine verstärkte Zusammenarbeit der Akteure sollen bestehende Lücken im Versorgungsnetz geschlossen werden.

Ein weiterer Bereich der 6. Staatsreform, den wir reformieren wollen, ist der **Impulsefonds**.

Wir wollen mehr **Ärzte** für die Deutschsprachige Gemeinschaft **gewinnen** und sind bereit dafür finanzielle Anreize zu schaffen.

Wir prüfen in diesem Zusammenhang auch die Möglichkeit, unser **Stipendiensystem** zu reformieren und für angehende **Medizinstudenten** attraktiver zu machen.

Im **Krankenhauswesen** stehen wahrlich große Veränderungen bevor.

Schon in wenigen Monaten sollen belgienweit alle Krankenhausnetzwerke, die im Rahmen der föderalen Gesundheitsreform gegründet werden müssen, gebildet sein.

Unsere beiden **Krankenhäuser** haben mit der Unterstützung der Regierung einen passenden **Partner** für die Gründung eines solchen Netzwerks ausgewählt. Bei der weiteren Vertiefung der Zusammenarbeit mit diesem Partner können sie auf unsere Unterstützung zählen.

Unsere beiden Krankenhäuser sind von grundlegender Bedeutung für die Gesundheitsversorgung in unserer Gemeinschaft.

Wir werden uns auch weiterhin für die **Festigung und Sicherung der beiden Standorte** einsetzen.

Überall in Europa befindet sich die Krankenhauslandschaft im Umbruch. Vielerorts werden Betten abgebaut und Krankenhäuser geschlossen. Belgien bleibt von dieser Entwicklung nicht verschont. Man muss kein Wahrsager sein, um zu erkennen, dass mit den bereits beschlossenen Reformen auf föderaler Ebene das Ende der Fahnenstange noch nicht erreicht ist. Überall im ganzen Land bereitet man sich darauf vor. Diese Entwicklung birgt große, existenzbedrohende Gefahren, ganz besonders für kleine Krankenhäuser.

Wir dürfen die Augen vor diesen globalen Entwicklungen nicht verschließen.

Wir dürfen auch nicht vergessen, dass es alleine unserer Autonomie und der Stellung der deutschen Sprache in Belgien zu verdanken ist, dass es in unserer Gemeinschaft überhaupt noch 2 kleine Krankenhäuser gibt.

Wenn wir wollen, dass das so bleibt; wenn wir unsere beiden **Krankenhäuser absichern, krisenresistent und zukunftsfähig machen** wollen, dann wird auch in diesem Bereich kein Weg an **Veränderungen** vorbeiführen.

Wir sind der Überzeugung, dass die strukturelle Vertiefung der Zusammenarbeit des St. Nikolaus Hospitals Eupen und der Klinik St. Josef in St. Vith bis hin zu einer **Fusion** unbedingt notwendig ist.

Die Regierung hat ein juristisches Gutachten in Auftrag gegeben, das mögliche Formen für die künftige Verwaltung der Krankenhäuser aufzeigen soll.

Außerdem wird in einer zweiten Untersuchung überprüft, welche Effekte das für die beiden Häuser hervorbringen würde.

Wohlbemerkt, wenn wir von Fusion sprechen, dann meinen wir die **Schaffung einer gemeinsamen Verwaltungsstruktur** für die beiden Standorte. Hierfür gibt es mehrere juristische Wege.

Es geht nicht darum, Standorte zu schließen.

Es geht nicht darum, Personal einzusparen.

Es geht im Gegenteil darum, die Standorte, die medizinischen Leistungen und die Arbeit von mehr als 1000 Personalmitgliedern abzusichern.

Die Regierung hat in diesem Zusammenhang keine Entscheidungsbefugnis.  
Entscheidungsträger sind die Verwaltungsräte.

Letztendlich müssen die Krankenhäuser also selbst entscheiden.

Ich kann Ihnen aber versichern, dass die Regierung sie mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln auf ihrem Weg unterstützen wird.

Und sollten die Träger das wünschen - und nur wenn die Träger das wünschen - sind wir sogar **bereit, eine direkte Verantwortung für die beiden Häuser zu übernehmen.**

Wir sind bereit, die notwendigen **Finanzmittel für eine Beteiligung der DG** an einer gemeinsamen Verwaltungsstruktur zur Verfügung zu stellen

Wir sind bereit, die bisherigen Träger zu ergänzen – ich betone zu ergänzen, nicht zu ersetzen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich sagte eingangs, dass Globalisierung und **Migration** auch uns betreffen, und wir in diesem Zusammenhang Verantwortung übernehmen müssen.

Wir haben uns in den letzten Jahren redlich bemüht, dieser Verantwortung gerecht zu werden.

Die Finanzmittel für die Integration von Menschen mit einem Migrationshintergrund wurden innerhalb weniger Jahre vervielfacht. Keine Gemeinschaft stellt hierfür im Proporz zu ihrer Bevölkerung mehr Geld zur Verfügung als wir.

Ein Integrationsparcours wurde gesetzlich verankert – mit dem Ziel, Migranten eine bessere Teilhabe am gesellschaftlichen Leben in Ostbelgien zu ermöglichen.

Diesem Ziel sind wir in den letzten Jahren ein gutes Stück nähergekommen.

189 Personen haben bisher erfolgreich am Integrationsparcours teilgenommen und 347 Personen nehmen gerade teil.

Die nächste Etappe hin zu einer erfolgreichen Integration besteht nun darin, günstige Bedingungen für die **Arbeitsmarktintegration von Migranten** zu schaffen.

Migranten hegen genau wie alle anderen den Wunsch, selbst für ihren Lebensunterhalt aufkommen zu können.

Unsere Aufgabe muss sein, sie dabei zu begleiten und zu unterstützen.

Die Regierung beabsichtigt deshalb eine Erweiterung des Integrationsparcours, einen **IntegrationsparcoursPLUS**, auf den Weg zu bringen.

Am IntegrationsparcoursPLUS sollen alle Absolventen des ersten Parcours teilnehmen können, die erwerbsfähig sind.

Der IntegrationsparcoursPLUS wird unter anderem eine berufsbezogene Sprachförderung (B1/B2), eine frühzeitige Laufbahnoorientierung, Teilqualifizierungen und eine Begleitung von Arbeitgebern beinhalten.

Er erstreckt sich über verschiedene Zuständigkeitsbereiche.

Wir begreifen die Integrationspolitik als eine Querschnittsaufgabe.

Einzelheiten können Sie der Anlage zu dieser Regierungserklärung entnehmen.

Unter dem Titel „Integration und Diversität“ haben wir dazu ein Zukunftsprojekt des REK III erarbeitet.

Kolleginnen und Kollegen,

am 1. Januar 2019 ist das neue System der **Familienzulagen** in Kraft getreten.

Aus diesem Anlass möchten wir an die Erkenntnisse des Bunds der Familien erinnern, der das System der Deutschsprachigen Gemeinschaft als das kinderfreundlichste Familienzulagensystem im ganzen Land bezeichnet hat.

Wie versprochen haben alle kindergeldberechtigten Familien nach der Übertragung ihre Kinderzulagen ohne Verzögerung erhalten. Das war beileibe nicht überall in Belgien der Fall.

Wir sind zudem die einzige Gemeinschaft, die nach der Übertragung die Finanzmittel für das Kindergeld erhöht hat.

Wir sind die einzige Gemeinschaft, die für das Kindergeld mehr ausgibt, als sie dafür vom Föderalstaat erhält.

Dennoch erheben wir den Anspruch, unser Kindergeldsystem weiter zu verbessern.

Seit Januar werden jene Einzelfälle evaluiert, die zu Kritik geführt haben. Dieser Prozess erfordert natürlich eine längere Beobachtungsphase.

Kleinere Korrekturen werden von der Regierung bereits jetzt vorgenommen: Wir denken hier zum Beispiel an die Entschädigung, die ein Jugendlicher erhält, wenn er als arbeitssuchend eingetragen ist und an einer Weiterbildung des Arbeitsamts teilnehmen soll. Während der Jugendliche sich in der Wartezeit befindet, soll künftig während einer Weiterbildung die Kindergeldzulage gezahlt werden.

Fest steht jetzt schon, dass wir die Finanzmittel, die wir über unseren Haushalt für das Kindergeld zur Verfügung stellen, schon ab dem kommenden Jahr noch einmal deutlich erhöhen werden.

Erhöhen wollen wir in dieser Legislaturperiode auch unsere Investitionen in die **Seniorenpolitik**.

Ich erinnere daran, dass wir in der letzten Legislaturperiode 10 Millionen EUR in den Ausbau von **Alten- und Pflegeheimen** investiert haben.

Wir haben die Schaffung von 111 zusätzlichen Wohn- und Pflegeplätze ermöglicht und gleichzeitig die Mittel für häusliche Hilfen um 40 % erhöht.

Wir stehen auch weiterhin zu diesen millionenschweren Investitionen, weil alle Senioren in unserer Gemeinschaft ein Anrecht darauf haben, selbstbestimmt und in Würde altern zu können.

Dieser enorme finanzielle Kraftakt hat schon jetzt vielerorts zu spürbaren Verbesserungen geführt.

Die sogenannten „Wartelisten“ für den Einzug in ein Wohn- und Pflegezentrum für Senioren (WPZS) sind derzeit sehr überschaubar.

Dennoch sind wir bereit, zusätzliche Wohn- und Pflegeplätze zu ermöglichen, insbesondere in der Eifel.

Und wir sind bereit, auf der Grundlage des Sozialabkommens, das wir vor einigen Monaten vereinbart hatten, die **Gehälter für das Personal in den Wohn- und Pflegezentren deutlich zu erhöhen**.

Da geht es immerhin um Gehaltserhöhungen von bis zu 20 %.

Es geht um mehrere Millionen EUR pro Jahr, die wir zusätzlich aufbringen wollen, weil das Personal in den Wohn- und Pflegezentren einen unschätzbaren wertvollen Dienst am Menschen erbringt.

Ende 2018 verabschiedete das Parlament das sogenannte „Seniorendekret“ (Dekret über die Angebote für Senioren und Personen mit Unterstützungsbedarfs sowie über die Palliativpflege), das zum 1. Januar 2019 in Kraft getreten ist.

Mit diesem Dekret wurden entscheidende Weichen für die Seniorenversorgung in unserer Gemeinschaft gestellt.

Diese Neuerungen werden wir in den kommenden Jahren durch entsprechende Ausführungserlasse konkret in die Tat umsetzen.

Neben einer soliden Finanzierungsgrundlage kommt es darauf an, die Qualität der Pflege und die erforderlichen Personalnormen abzustecken.

Hier werden wir pragmatische Lösungen finden müssen, um einerseits hohe Pflegestandards zu bewahren und andererseits die Arbeit der Pflegekräfte zu erleichtern.

Daran werden wir arbeiten.

Erleichtern wollen wir auch die Betreuung und Pflege zuhause.

In den kommenden fünf Jahren sehen wir einen weiteren Ausbau in diesem Bereich vor. Unser Ziel ist es, die Menschen dabei zu unterstützen, so lange wie möglich in den eigenen vier Wänden zu verweilen.

Jeder hat das Recht auf eine größtmögliche Selbstbestimmung. Nicht jeder hat aber die finanziellen Möglichkeiten, um diese auszuleben.

Wir wollen mit einer Reform der Beihilfe für Betagte hier anknüpfen und die Menschen mit Pflegebedarf und geringem Einkommen zusätzlich dabei unterstützen, länger zu Hause zu leben oder in einem Wohn- und Pflegezentrum für Senioren optimal versorgt zu werden.

Kolleginnen und Kollegen,

Zu unserer Verantwortung gehört nicht nur, gute Entscheidungen für die Gegenwart zu treffen.

Genauso wichtig ist es, für die Zukunft zu planen und politische Entscheidungen an die Bedürfnisse einer stetig älter werdenden Gesellschaft anzupassen.

Durch die **Übernahme neuer Zuständigkeiten von der Wallonischen Region** erhalten wir wichtige Schlüssel für die Bewältigung dieser Herausforderung.

Jahrzehntlang haben sich Regierungen der DG intensiv darum bemüht, für die Raumordnung und das Wohnungswesen zuständig zu werden.

In der letzten Legislaturperiode ist dieser Wunsch endlich in Erfüllung gegangen.

Ab dem 1. Januar 2020 werden wir eigene Akzente in den Bereichen **Raumordnung, Raumkultur, Wohnungswesen und (einem Teilbereich) der Energie** setzen können.

Wir wollen diese neuen Befugnisse nutzen, um Mehrwerte für unsere Bevölkerung zu schaffen.

Unsere Devise wird sein:

Wir wollen etwas verändern, um es besser zu machen.

Dabei wollen wir auf das Fachwissen und die bürgernahe Kompetenz der bestehenden Mitarbeitenden bauen.

Im Rahmen eines Programmdekrets werden wir so schnell wie möglich die nötigen Anpassungen vornehmen, um ab Januar 2020 für Rechtssicherheit zu sorgen.

In den Sommermonaten hat die Regierung nicht nur Urlaub gemacht... sondern vielzählige Male Kontakt mit den bestehenden Akteuren in den Bereichen Raumordnung, Wohnungswesen und Energie aufgenommen und sich mit allen ostbelgischen Gemeinden konzertiert.

Bereits zum jetzigen Zeitpunkt hat die Regierung zwei Arbeitsgruppen eingesetzt, in denen alle 9 Gemeinden und andere Vertreter der neuen Bereiche mitarbeiten können.

Für die Raumordnung haben wir uns eine Reform in mehreren Etappen vorgenommen.

Durch das anstehende Programmdekret wollen wir für eine reibungslose Übernahme der Zuständigkeiten sorgen. Es sollen erste Maßnahmen folgen, die den Mehrwert der Übertragung aufzeigen.

Für die große Reform wollen wir uns jedoch die Zeit nehmen, die notwendig ist, um eine zukunftsfähige, gemeinsame Vision für die Raumgestaltung unserer Heimat zu entwickeln.

Das gilt übrigens auch für das Wohnungswesen und die Energie.

Gegen Ende der Legislaturperiode wollen wir dann eigene Dekrete für die Gestaltung aller neuen Zuständigkeiten verabschieden.

Wir werden also die gesamte Legislaturperiode nutzen, um im Dialog mit allen Partnern und mit innovativer Gestaltungsfreude, die Grundlage dafür zu schaffen, dass unsere Heimat sich langfristig und nachhaltig als energieeffiziente und gesunde Bebauungs- und Wohnlandschaft entfalten kann.

Nähere Informationen zu den konkreten Arbeitsschritten finden Sie in der Anlage zu dieser Regierungserklärung

Kolleginnen und Kollegen,

Genau wie in vielen anderen Regionen ist die **Sicherung von Fach- und Führungskräften** für uns eine der größten Herausforderungen überhaupt.

Unsere Unternehmen suchen händeringend nach qualifizierten Arbeitskräften.

Rund 89 Prozent aller Arbeitgeber beklagen Schwierigkeiten bei der Suche nach geeignetem Personal.

In den letzten Legislaturperioden wurden zahlreiche Maßnahmen ergriffen, um Fachkräfte an unsere Heimat zu binden.

Man denke nur an die Verbesserungen im Bildungssystem, die beschäftigungspolitischen Reformen, die Investitionen in die Lebensqualität der Menschen oder auch an die Einführung einer eigenen Standortmarke.

Uns allen dürfte jedoch bewusst sein, dass wir als DG diese Mammutaufgabe nicht alleine bewältigen können.

Wir brauchen eine Bündelung aller treibenden Kräfte, um unseren Wirtschaftsstandort mit seiner Dynamik und Innovation langfristig zu sichern.

Das Engagement der Akteure aus Wirtschaft, Ausbildung und Beschäftigung ist von entscheidender Bedeutung.

Deshalb hat die Regierung im Jahr 2018 das „Fachkräftebündnis Ostbelgien“ ins Leben gerufen.

Im Februar 2019 hat das Fachkräftebündnis einen konkreten Aktionsplan verabschiedet.

Vor allem Pendler und Nachwuchskräfte sollen stärker für berufliche Perspektiven in Ostbelgien sensibilisiert werden.

Weitere Maßnahmen des neuen Fachkräftebündnisses befassen sich mit der Aufwertung der beruflichen Aus- und Weiterbildung, der Berufswahlvorbereitung, der aktiven Suche nach qualifizierten Zuwanderern sowie der beruflichen Integration von Zugewanderten.

Wenn wir bei der Fachkräftesicherung erfolgreich sein wollen, dann brauchen wir zum Beispiel unbedingt eine koordinierte Berufswahlvorbereitung und -orientierung, die jeden einzelnen Jugendlichen erreicht.

Wir sind mit den bislang erreichten Resultaten alles andere als zufrieden. Wir erkennen in diesem Bereich akuten Verbesserungsbedarf.

Jugendlichen mangelt es allzu oft an Kenntnissen über die reale Berufs- und Arbeitswelt.

Deshalb werden wir die **Berufswahlvorbereitung jetzt von Grund auf reformieren**.

Ziel der Berufswahlvorbereitung und –orientierung muss sein, alle Jugendlichen in die Lage zu versetzen, für sich selbst eine positive Lebensentscheidung zu treffen.

Wir müssen alle Jugendlichen frühzeitig darauf vorbereiten, selbstbestimmt eine Beschäftigung anzustreben, die ihren Stärken, Schwächen, Neigungen und Interessen Rechnung trägt.

Das setzt voraus, dass jeder einzelne Jugendliche rechtzeitig alle relevanten Informationen erhält, um den für ihn richtigen Bildungsweg zu wählen.

Das wiederum wird nur gelingen, wenn wir alle mit der Berufswahlvorbereitung und -orientierung beschäftigten Beratungskräfte in unserer Gemeinschaft bündeln.

Wir schlagen vor, die entsprechenden Angebote und Ressourcen beim Arbeitsamt zu bündeln.

Darüber werden wir jetzt mit allen betroffenen Einrichtungen und Sozialpartnern austauschen.

Wir wollen eine umfassende Reorganisation der Beratungs- und Begleitungsstrukturen vornehmen und gesetzlich verankern.

Es ist selbstredend, dass eine solche Reform in enger Absprache mit den Schulen und Ausbildungseinrichtungen erfolgen muss.

Die Reform der Beratungsangebote muss mit einer Stärkung der Bildungseinrichtungen einhergehen.

Die Förderung von **Betriebspraktika** in Schulen stellt ein weiteres Element dar.

Praktika geben jungen Menschen die Möglichkeit, erste Einblicke in die Arbeits- und Berufswelt zu erlangen und damit ein realistisches Bild eines Berufs zu bekommen.

Und weil dem so ist, wollen wir von dem am KAE durchgeführten Pilotprojekt lernen und zum Beispiel **Betriebspraktika verpflichtend einführen**.

All das wird notwendig sein, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken.

Aber es wird nicht ausreichen.

Wir brauchen darüber hinaus zum Beispiel weitere **beschäftigungspolitische Reformen**.

In der letzten Legislaturperiode sind nach der Übernahme neuer Zuständigkeiten bereits 3 große beschäftigungspolitische Reformen durchgeführt worden.

Der Arbeitsmarkt hat sich in den letzten Jahren sehr gut entwickelt.

Wir haben mittlerweile sogar die niedrigste Arbeitslosigkeit in unserem Land.

Feststellen muss man aber auch, dass die meisten Personen, die bisher nicht in den Arbeitsmarkt integriert wurden, entweder langzeitarbeitslos sind, über 50 Jahre alt sind oder einen Migrationshintergrund haben.

Diese Personen haben zwangsläufig einen erhöhten Betreuungs- und Begleitungsbedarf.

Für diese Personen wollen wir jetzt das System der unterstützten Beschäftigung, die Anerkennung erworbener Kompetenzen und andere passgenaue Modelle individueller Förderung zur Anwendung bringen.

Zudem muss es auf so einem kleinen Gebiet wie unserem möglich sein, den sogenannten Drehtüreffekt gänzlich aufzuheben. Es kann und darf nicht sein, dass Menschen immer wieder erfolglos von einer Einrichtung zur anderen geschoben werden.

Deshalb werden wir uns jetzt konsequent mit der Umsetzung der während 2 Jahren erarbeiteten Empfehlungen der Vermittlungsdienste beschäftigen.

Wir wollen im Interesse der zu begleitenden Personen und ausgehend von deren Bedürfnissen die **Instrumente und Systeme der Orientierung und Vermittlung nachhaltig reformieren**.

Heute sind zwar bereits viele Maßnahmen behördenübergreifend nutzbar; jedoch hemmt die institutionelle Trennung die Anwendung in der Praxis.

Diese Trennung wollen wir jetzt aufbrechen.

Wir wollen neue, transparente und effiziente Wege gehen.

Wir wollen, wie wir es im entsprechenden neuen Zukunftsprojekt des REKIII genannt haben, eine **Vermittlung aus einer Hand**.

Auch im **Bildungsbereich** werden wir **mehrere grundlegende Reformen** umsetzen.

Wir haben in der Deutschsprachigen Gemeinschaft das große Glück auf die wertvolle Arbeit von vielen Bildungsakteuren aufbauen zu können.

Wir können ihre Stärken nutzen, sie sinnvoll miteinander verknüpfen, ihre Erfahrungen und ihre Professionalität bündeln, um gemeinsam unser Bildungswesen weiterzuentwickeln, damit die Kinder und Jugendlichen, die uns anvertraut sind, optimal auf ein selbstbestimmtes und verantwortungsbewusstes Leben in einer sich stetig wandelnden Gesellschaft vorbereitet werden.

Die Regierung hat sich zum Ziel gesetzt, zur Weiterentwicklung unseres Bildungssystems in einen breiten Dialog zu treten.

Gemeinsam mit den Vertretern der Schulwelt und der Ausbildungslandschaft, mit Eltern, Schülern, Sozialpartnern, mit Repräsentanten der organisierten Zivilgesellschaft, ja im Grunde mit allen Bürgerinnen und Bürgern möchten wir eine **Gesamtvision für unser Bildungssystem** entwickeln. Eine Vision, an der die Politik der kommenden Jahre und Jahrzehnte zielstrebig ausgerichtet werden kann.

Dieser anspruchsvolle Prozess hat bereits gegen Ende der letzten Legislaturperiode begonnen.

Die Ausschreibung zur Projektbegleitung wurde auf den Weg gebracht und erfolgt in drei Phasen: der ersten sogenannten Diagnosephase, dann einer Phase der Ausarbeitung der konkreten Gesamtvision und schließlich der Umsetzung dieser Vision.

Für die erste Phase konnten wir mit dem VDI Technologiezentrum einen starken Partner gewinnen, der in den letzten Monaten bereits zahlreiche Gespräche geführt und gemeinsam mit uns eine breit angelegte Online-Befragung der gesamten Bevölkerung veröffentlicht hat, die noch bis zum 22. September 2019 läuft ([www.gesamtvision.be](http://www.gesamtvision.be)).

Die Ergebnisse dieser Befragung werden zunächst in mehreren Workshops diskutiert und im Dezember in zwei öffentlichen Veranstaltungen für die gesamte Bevölkerung noch einmal vorgestellt und diskutiert.

Das Ganze mündet dann Anfang 2020 in einen Abschlussbericht der Diagnosephase, in den sowohl die Anregungen der Bevölkerung als auch die Analyse-Ergebnisse des VDI Technologiezentrums einfließen werden.

Während der zweiten Phase, die ebenfalls breit partizipativ angelegt sein wird, werden wir an der Entwicklung der eigentlichen Gesamtvision arbeiten.

Dieses wegweisende Vorhaben wird viele Ressourcen binden. Da machen wir uns nichts vor.

Das bedeutet aber nicht, dass wir andere wichtige Vorhaben auf Eis legen.

So werden wir das Konzept „**Gutes Personal für gute Schulen**“ (kurz: GPGS) in den kommenden Jahren Schritt für Schritt umsetzen.

Wir wollen das Dienstrecht modernisieren, für die Personalmitglieder im Unterrichtswesen transparenter und attraktiver gestalten, und den Schulen mehr Eigenverantwortung bei der Rekrutierung und Weiterentwicklung ihres Personals geben.

Zur Erinnerung: die Arbeit an diesem Konzept war in der letzten Legislaturperiode aufgrund von Personalengpässen ins Stocken geraten. Mittlerweile ist es gelungen, die Arbeit an GPGS wieder aufzunehmen.

Beginnen werden wir mit der Einführung von unbefristeten Arbeitsverträgen ab dem Einstieg ins Unterrichtswesen für alle Personalmitglieder, die für mindestens ein Schuljahr angeworben werden.

Im Sektorenabkommen vom Mai 2019 hatten wir mit den Gewerkschaften vereinbart, dass wir diese Neuerung in den kommenden zwei Jahren auf den Weg bringen wollen. Daran werden wir uns halten.

Alleine diese Maßnahme dürfte gerade für junge Personalmitglieder eine bedeutende Aufwertung mit sich bringen, weil wir ihnen dann erstmals und als einzige Gemeinschaft in Belgien eine erhöhte Lebensplanungssicherheit zuteilwerden lassen.

Ich kann Ihnen an dieser Stelle versichern, dass wir das Sektorenabkommen vom Mai 2019 zur Aufwertung des Lehrerberufs in vollem Umfang umsetzen werden.

Wir werden in dem mit den Gewerkschaften vereinbarten Zeitraumen mehr als 1 Million EUR pro Jahr hierfür zur Verfügung stellen.

Wir wollen zudem über eine **Reform der heutigen Trägerstruktur im G UW** nachdenken.

Das Thema **Sprachförderung und Mehrsprachigkeit** wird ebenfalls in der anlaufenden Legislaturperiode eine hohe Priorität genießen.

Dabei geht es natürlich zum einen um die Fremdsprachenförderung (Französisch, Niederländisch, Englisch).

Zum anderen geht es um eine verbesserte Förderung der Unterrichtssprache Deutsch.

Die sprachliche Bildung beeinflusst maßgeblich den Bildungserfolg von Kindern und Jugendlichen.

Deshalb sollte eine durchgängige Sprachförderung als grundlegende Aufgabe aller Lehrpersonen und als integrativer Bestandteil aller Fächer angesehen werden.

Genau daran werden wir in den kommenden Jahren arbeiten.

Gerade auch für **Menschen mit Migrationshintergrund** ist das Erlernen der Sprache eine wichtige Voraussetzung für die Integration in Ausbildung, Arbeitsmarkt und Gesellschaft.

Ich habe eben bereits erwähnt, dass wir die Integrationspolitik als Querschnittsaufgabe begreifen.

Wir wollen Schüler, Auszubildende und Erwachsene mit Migrationshintergrund durch passgenaue Angebote zur gesellschaftlichen Teilhabe und zur Integration in Schule, Ausbildung und Beruf befähigen.

Erstankommende Schüler sollen zu einer schulischen oder fachlichen Qualifikation geführt werden.

Den Erwachsenen mit Migrationshintergrund werden wir im *IntegrationsparcoursPlus* weitere Qualifikationen und ein berufliches Orientierungs- und Begleitungsangebot anbieten.

Wir werden einen runden Tisch mit allen Akteuren (schulische Weiterbildung, mittelständische Ausbildung und Erwachsenenbildung) einberufen, um eine sinnvolle Aufteilung der Angebote und eine komplette Abdeckung der Bedarfe zu erzielen.

Gleichzeitig sollen die Sprachkurse der **Erwachsenenbildung** und der schulischen Weiterbildung evaluiert werden.

Ziel dieser Evaluierung wird sein, die Qualität der zahlreichen Angebote unter die Lupe zu nehmen und die Qualifikation der Lehrenden zu ermitteln.

Wir unterstützen die Einrichtungen der Erwachsenenbildung in ihrer Rolle als Akteure der Zivilgesellschaft. Wir werden ihre Angebotsvielfalt und ihre Individualität fördern im Hinblick auf die Gestaltung und Ausführung ihrer Gesamtkonzepte.

Bei der Gestaltung der **Angebote in der technisch-beruflichen Sekundarschulbildung und der mittelständischen dualen Ausbildung** wollen wir ebenfalls **neue Wege** gehen.

Der Fachkräftemangel stellt unsere Betriebe und Arbeitgeber schon heute vor enorme Herausforderungen. Ich sagte es bereits. Nachwuchs fehlt an allen Enden und zahlreiche Lehrstellen bleiben von Jahr zu Jahr unbesetzt.

Gleichzeitig stoßen immer mehr Jugendliche in beiden Systemen auf Hürden oder scheitern aufgrund unterschiedlicher Problemstellungen.

Kolleginnen und Kollegen, wir können uns das nicht länger erlauben!

Wir können es uns schlicht nicht länger leisten, auch nur einen einzigen jungen Menschen zurückzulassen.

Es liegt in unserer Verantwortung, jedem Menschen einen Weg und eine Perspektive aufzuzeigen, damit er sich und seine Fähigkeiten entfalten kann.

Beide Systeme (der technische Sekundarschulunterricht und die mittelständische Ausbildung) haben das längst erkannt und eine Vielzahl von Antworten entwickelt: TZU, BIDA, Time-Out, Modul-Unterricht, Teilzertifizierungen, usw.

Wir möchten in dieser Legislaturperiode aber einen großen Schritt weiter gehen und eine **umfangreiche Strukturreform in der Ausbildungslandschaft** durchführen.

Wir regen an, dass der technisch-schulische Bereich, der mittelständische Bereich und der Qualifizierungsbereich des Arbeitsamtes ihre Kräfte bündeln, damit Bildungssackgassen gänzlich abgebaut und Übergänge zwischen den verschiedenen Systemen erleichtert werden.

Die Regierung ist der Auffassung, dass das mittelfristig am besten in einer gemeinsamen Ausbildungsstruktur erreicht werden kann.

Daher werden wir in Kürze alle Akteure, die technischen und beruflichen Sekundarschulen, das IAWM und die beiden ZAWM sowie den Ausbildungs- und Schulungsbereich des Arbeitsamtes einladen, gemeinsam eine solche übergreifende Struktur zu entwickeln.

Dabei geht es nicht um Gleichmacherei, sondern um die Zusammenführung und Multiplikation der Expertise in den unterschiedlichen Bereichen.

Uns ist bewusst, dass wir hier über eine der **weitreichendsten Reformen** reden, die unsere **Schullandschaft** in den letzten Jahrzehnten erfahren hat.

Wir sind uns der Größe und Komplexität dieser Aufgabe bewusst.

Wir denken aber, dass die Zeit auch für ein solches Unterfangen jetzt reif ist:

Am Technologiecampus in Eupen sind bereits alle Akteure am selben Standort vereint. Die Zusammenarbeit dort macht große Fortschritte.

Für den künftigen Technologiecampus in St.Vith laufen die Vorbereitungen ebenfalls auf Hochtouren und der nächste Schritt wird ohnehin die Arbeit an einem neuen Modell der Kooperation zwischen TI und ZAWM sein.

Es war nicht zuletzt der **WSR**, der uns als zentraler Vertreter der Sozialpartner in einem Positionspapier zu einer solchen Strukturreform aufgefordert hat.

Wir bedanken uns ausdrücklich beim WSR für die vielen Eigeninitiativen und die innovativen Ideen, mit denen er sich an der Zukunftsgestaltung unserer Gemeinschaft beteiligt.

Wir bedanken uns auch bei den **Sozialpartnern** für ihre Bereitschaft, dem neuen GABB die anspruchsvolle Aufgabe anzuvertrauen, diese Strukturreform im Bildungswesen aktiv zu begleiten.

Um die **politische Bildung** zu verbessern, möchten wir unter anderem die Arbeit des Instituts für Demokratiepädagogik stärken, damit der fächerübergreifende Ansatz, den wir verfolgen, Früchte trägt.

Nach der Veröffentlichung des ersten Katalogs „Demokratie macht Schule“ Anfang 2019 mit einer Vielzahl von interessanten Angeboten wird in den kommenden Monaten ein rahmenplanorientierter Leitfaden zur politischen Bildung veröffentlicht, der anschließend in allen Primar- und Sekundarschulen implementiert wird.

Wir werden uns in dieser Legislaturperiode auch dem Thema der **Schulentwicklung** in ihrer Gesamtheit widmen.

Die verschiedenen Dienste, die den Bildungseinrichtungen für die Schulentwicklung zur Verfügung stehen, wollen wir in einem **neu zu gründenden Institut für Schulentwicklung Ostbelgien (ISEO)** gruppieren, mit dem Ziel, die Schul- und Unterrichtsqualität zu verbessern.

Dieses Institut wird die Schulentwicklungsberatung, die externe Evaluation, die Fachberatungen im Primar- und Sekundarbereich sowie die Bildungsforschung an einem Standort vereinen.

Auf diese Weise wird den Schulen und Lehrpersonen ein weiterer starker Partner zur Seite stehen, der sie bei der Unterrichts- und Schulentwicklung unterstützt.

**Die Bereiche Beratung und Inspektion werden klar voneinander getrennt.**

In der **Förderpädagogik** wird es in dieser Legislaturperiode darauf ankommen, das bestehende Angebot weiter auszubauen und noch effizienter zu gestalten.

Die Bereiche Integration und niederschwellige Förderung wollen wir im Rahmen eines Gesamtkonzepts neu strukturieren.

Den Regelschulen wollen wir dabei mehr Eigenständigkeit beim Einsatz der verschiedenen Ressourcen einräumen.

Die Zusammenarbeit der beiden großen Dienstleister Kaleido und ZFP wollen wir besser aufeinander abstimmen, damit aufwändige administrative Prozeduren vereinfacht werden.

Gemeinsam mit der Autonomen Hochschule hat die Regierung bereits in der letzten Legislaturperiode damit begonnen, an einer **Neuausrichtung der Grundausbildung für Primarschullehrer** zu arbeiten.

Die Anforderungen an den Lehrerberuf werden immer größer.

Die zunehmende Heterogenität in unseren Klassenräumen, die Verlagerung von erzieherischen Maßnahmen in die Schulen und gesellschaftliche Umbrüche führen dazu, dass all das Rüstzeug, das junge Pädagoginnen und Pädagogen brauchen, um ihren Beruf auszuüben, nicht mehr im Rahmen eines dreijährigen Bachelorstudiums zu vermitteln ist.

Aus diesem Grund wird das Grundschullehrerstudium in der Französischen Gemeinschaft bekanntlich ab 2020 auf eine Dauer von vier Jahren verlängert.

Wir beobachten sehr genau, was sich in unserer Nachbargemeinschaft tut und eruiieren gleichzeitig die Ausbildungsmodelle anderer Länder, um uns davon inspirieren zu lassen.

Die AHS hat dazu bereits interessante Rechercharbeit geleistet und wird auf dieser Basis mögliche Rahmenmodelle ausarbeiten.

Uns erscheint unabdingbar, dass zum Beispiel Grundkenntnisse in den Bereichen Förderpädagogik, Fremdsprachenförderung und Förderung der deutschen Sprache als Zweitsprache in der Grundausbildung vermittelt werden.

Gemeinsam mit den Akteuren des Bildungswesens werden wir deshalb ein neues Modell der Grundausbildung entwickeln.

Ob es sich dabei z.B. um ein vierjähriges Masterstudium wie in der FG handeln wird, oder um einen fünfjährigen Masterstudiengang mit breiter Beteiligung einer oder mehrerer Universitäten, bleibt zum jetzigen Zeitpunkt noch offen.

Vorrangiges Ziel ist es, ein passgenaues System für die Deutschsprachige Gemeinschaft zu entwickeln, das unseren Bedürfnissen gerecht wird, uns aber nicht von Partnern im In- und Ausland isoliert.

Last but not least gehören zu einem guten Bildungssystem auch **gute Rahmenbedingungen**.

Die wollen wir ebenfalls verbessern.

Dazu zählt nicht zuletzt die **Infrastruktur**.

Wir haben bereits in der letzten Legislaturperiode damit begonnen, intensiv an einem zweiten großen Schulbauprogramm zu arbeiten, mit dem wir einerseits die freien, städtischen und Gemeinschaftsschulen auf dem Gebiet der Stadt St.Vith sanieren und einen neuen Technologiecampus einrichten und andererseits das Cesar-Franck-Athenäum in Kelmis auf den neuesten Stand bringen wollen.

Dazu haben Arbeitsgruppen mit allen Nutznießern getagt und Lösungen entwickelt, so dass sich die Projekte jetzt Schritt für Schritt konkretisieren.

Wir sind weiterhin bereit, die erforderlichen Finanzmittel hierfür zur Verfügung zu stellen.

Besonders erwähnen möchte ich in diesem Zusammenhang neben der Errichtung eines Technologicampus in Kooperation zwischen TI, ZAWM und Holzkompetenzzentrum die Gründung einer gemeinsamen inklusiven Grundschule in St.Vith, die aus der Zusammenlegung der Grundschule des Athenäums und des ZFP St.Vith hervorgehen wird. Die Lehrerkollegien beider Schulen haben in den letzten Monaten bereits intensiv an der Vorbereitung dieses ehrgeizigen Vorhabens gearbeitet.

Nach der Gemeinsamen Grundschule Bütgenbach wird es also mit Fertigstellung des PPP-Projektes eine weitere inklusive Schule in unserer Gemeinschaft geben.

Für die Verbesserung der **Kinderbetreuung** hält die Regierung an ihrem Masterplan 2025 fest.

Es bleibt dabei: wir wollen den Bedarf an Kinderbetreuung mittel- und langfristig vollständig erfüllen.

Wir wollen die Betreuungsstrukturen wie vorgesehen ausbauen, neue Tagesväter und -mütter anwerben, ihr Statut wo immer möglich verbessern und innovative Projekte unterstützen.

Gemeinsam mit den Anstrengungen im Bereich der Kinderbetreuung ist in den letzten Monaten immer wieder auch über die Absenkung des Kindergarteneintrittsalters auf 2,5 Jahre gesprochen worden. Viele Schulen und Schulträger haben bereits damit begonnen, sich darauf vorzubereiten; eine Arbeitsgruppe arbeitet seit Monaten an Konzepten und Handreichungen. Dennoch haben uns mehrere Träger signalisiert, dass es schwer sein wird, alle infrastrukturellen und pädagogischen Voraussetzungen für den Eintritt der Zweieinhalbjährigen bis September 2021 zu schaffen. Viele Kindergärtner und Kindergärtnerinnen sind an uns herangetreten, um uns auf bauliche Hindernisse, konzeptuelle und organisatorische Hürden aufmerksam zu machen. Mehrfach wurden wir darum gebeten, den Akteuren vor Ort mehr Zeit einzuräumen. Diese Bitte haben wir gehört und wir nehmen sie ernst! Die Regierung wird dem Parlament im Rahmen den nächsten Maßnahmendekretes vorschlagen, den Zeitpunkt der Absenkung des Eintrittsalters auf 2,5 Jahre vom 1. September 2021 um drei Jahre auf den 1. September 2024 zu verschieben. Damit sollte gewährleistet sein, dass die Kleinsten der Kleinen überall ein qualitätsvolles Angebot in einem angepassten Rahmen vorfinden.

Kolleginnen und Kollegen,

erlauben Sie mir auf drei weitere globale Herausforderungen einzugehen, die uns in besonderer Weise beschäftigen werden.

Ich habe sie eben bereits kurz angesprochen: die **Digitalisierung, der demografische Wandel und der Klimaschutz.**

Der **digitale Wandel** ist in vollem Gang.

Die technologischen Entwicklungen sind umwälzend und haben bereits die Art, wie wir uns informieren, wie wir kommunizieren, wie wir konsumieren, – kurz: wie wir leben - verändert.

Kolleginnen und Kollegen, wir müssen diesen digitalen Wandel proaktiv gestalten!

Wir müssen die Chancen dieses Wandels nutzen und gleichzeitig den Gefahren der Digitalisierung vorbeugen.

Lange Wartezeiten in einer Behörde oder beim Arzt, Staus und Verkehrsunfälle, Lärm und Abgase – das alles könnte langfristig der Vergangenheit angehören.

Digitale Technologien können das öffentliche Leben effizienter, bequemer, bürgernäher und umweltfreundlicher machen.

Wie das gehen könnte, zeigen bereits heute ansatzweise internationale Leuchttürme wie Amsterdam, Wien oder Kopenhagen.

In Ostbelgien werden die Potenziale der Digitalisierung aber bei weitem nicht ausreichend genutzt.

Hierzulande besteht sogar die Gefahr, dass ländliche Regionen digital abgehängt werden.

Das dürfen wir nicht zulassen! Das muss sich ändern!

Daher haben wir der Digitalisierung im REK III jetzt ein eigenes Zukunftsprojekt gewidmet.

Einerseits müssen wir weiterhin konsequent bei allen zuständigen Instanzen Lobbyarbeit betreiben, um die digitale Infrastruktur in Ostbelgien deutlich zu verbessern.

Andererseits erfordert das digitale Voranschreiten in sämtlichen Lebensbereichen, die sogenannte „softe“ Digitalisierung, ein strukturierteres Vorgehen unserer eigenen Dienste.

Wir wollen jetzt unter anderem eine Informations- und Koordinierungsstelle für die Digitalisierung schaffen.

Eine Aufgabe der Koordinierungsstelle liegt in der Vernetzung und dem Austausch von Best Practice. Im Bereich der Digitalisierung gibt es unzählige Erfolgsmodelle, an denen es sich lohnt ein Beispiel zu nehmen.

Die Sensibilisierung der Bevölkerung und Unternehmen ist ein weiterer Schwerpunkt, den wir bereits durch die Medienkompetenzbildung teilweise abdecken.

Wir wollen jetzt darüber hinaus eine dauerhafte Aus- und Weiterbildungsoffensive starten, um die Menschen in unserer Gemeinschaft auf zukünftige digitale Veränderungen und die dadurch verlangten Kompetenzanforderungen vorzubereiten.

Studien zufolge werden 40 % unserer heutigen Schülerinnen und Schüler später einen Beruf ausüben, den es heute noch gar nicht gibt.

Das hat Auswirkungen auf unser gesamtes Bildungswesen. Dem müssen und werden wir Rechnung tragen.

Gleichzeitig wollen wir die mit der Digitalisierung einhergehenden neuen Anforderungen der Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und Organisation an den öffentlichen Dienst qualifiziert beantworten.

Im Sinne einer inklusiven, einer fairen Gesellschaft wollen wir unsere Dienstleistungen mithilfe der Digitalisierung noch besser, noch einfacher für alle Bürgerinnen und Bürger nutzbar zu machen.

Bis zum Ende der Legislaturperiode werden wir einen Großteil der administrativen Verfahren des öffentlichen Dienstes in der Deutschsprachigen Gemeinschaft digital verfügbar machen.

Digitale Prozeduren sollen zukünftig integral, von Anfrage bis Zusage, und ohne Medienbrüche stattfinden können.

Über automatisierte, behördenübergreifende Datenaustausche wollen wir mittelfristig erwirken, dass Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und Organisationen keine Dokumente mehr einzureichen brauchen, über die ein anderer öffentlicher Dienst in der Deutschsprachigen Gemeinschaft – und idealerweise in ganz Belgien – bereits verfügt.

Wohlbemerkt soll es trotz alledem auch zukünftig möglich bleiben, ein Formular in Papierform zu erhalten und einzureichen.

Darüber hinaus werden wir dafür Sorge tragen, dass die Digitalisierung von Dienstleistungen immer mit dem erforderlichen Maß an Informationssicherheit einhergeht.

Dazu haben wir im Laufenden Arbeitsprogramm der Regierung ein konkretes Projekt entwickelt.

Der **demografische Wandel** ist ebenfalls eine große Herausforderung der nächsten Jahrzehnte.

Die Zahl der über 65-Jährigen, die in Ostbelgien wohnhaft sind, wird zwischen 2017 und 2035, von 14.500 auf 26.500 steigen.

Doch der Umgang mit unseren älteren Mitmenschen darf sich nicht auf Themen wie Pflege und Abhängigkeit beschränken.

Regierung und Parlament müssen sich stärker mit der Frage beschäftigen, wie man den Übergang vom Arbeitsleben in den Ruhestand unterstützen kann.

Wir werden uns damit auseinandersetzen müssen, welche Beschäftigungsmöglichkeiten wir bieten können und welche Aus- und Weiterbildungsangebote wir brauchen.

Wir werden uns auch mit der Frage beschäftigen müssen, welchen Einfluss dieser Wandel auf das Wohnen im Alter hat.

Dank der neuen Zuständigkeiten erhält die DG für die Beantwortung dieser Frage neue Instrumente.

Neue Instrumente werden wir auch beim Klimaschutz brauchen.

Der **Klimaschutz**, Kolleginnen und Kollegen, gehört ebenfalls zu den ganz großen, globalen Herausforderungen unserer Zeit.

– geht es hier doch um nichts Geringeres als den Schutz unseres natürlichen Lebensraums und den Fortbestand der Menschheit.

Überall auf der Welt multiplizieren sich extreme Wetterereignisse.

Verheerende Unwetter fordern Menschenleben.

Lange Dürreperioden, Ernteaufschläge und Wasserknappheiten belasten vor allem jene Regionen, denen es ohnehin bereits am schlechtesten geht.

Es liegt in unser aller Verantwortung, die globale Erderwärmung mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln einzudämmen – und zwar schnell!

Zugleich werden wir uns damit auseinandersetzen müssen, wie wir unsere Dorf- und Städtestrukturen für vermehrte meteorologische Extremereignisse resilienter machen können.

Durch die Maßnahmen des im REK III verankerten Zukunftsprojektes „**Energie und Mobilität in Ostbelgien**“ möchten wir im Kleinen und Konkreten dazu beitragen, die CO<sub>2</sub>-Emissionen in unserer Region bis 2030 um 40% zu senken.

Die Nutzung erneuerbarer Energien und die Umsetzung von Energieeffizienzmaßnahmen wollen wir nach Kräften unterstützen.

Den gemeinsam mit allen Gemeinden in der Deutschsprachigen Gemeinschaft vorbereiteten Energie- und Klimaplan für die Deutschsprachige Gemeinschaft wollen wir konsequent umsetzen.

Zuschussanfragen zur Umsetzung effizienzsteigernder Maßnahmen werden wir in unserer Infrastrukturplanung mit großer Priorität behandeln.

Und wir wollen endlich einen Leitfaden für nachhaltiges Bauen erstellen und implementieren.

Im Bereich der Sensibilisierung von Bürgern, öffentlichen Einrichtungen und der Privatwirtschaft für mehr Effizienz und Nachhaltigkeit werden wir neue grenzüberschreitende Partnerschaften anberaumen.

Einen weiteren Schwerpunkt werden wir auf den Bereich Radverkehr legen, der nach Experteneinschätzungen besonders große Potenziale für unsere Region aufweist.

So werden wir die Erstellung eines gemeindeübergreifenden Radverkehrskonzepts in Auftrag geben, das den Gemeinden als fundierte Grundlage für die Weiterentwicklung ihrer Verkehrsinfrastrukturen dienen kann.

Unter Berücksichtigung des Radverkehrskonzeptes wollen wir zudem gemeinsam mit den Gemeinden den Aufbau eines E-Bike-Verleihnetzes initiieren.

Wir wollen dazu beitragen, die **Mobilität** in und um unsere Region nachhaltiger und attraktiver zu machen.

Das gilt in besonderem Maße für den **ÖPNV**, der in Ostbelgien erhebliche Lücken aufweist.

Wir brauchen dringend Verbesserungen im ÖPNV, gerade im ländlichen Raum. Dafür werden wir uns mit aller Kraft einsetzen und eng mit den Gemeinden zusammenarbeiten.

Bekanntlich liegen die wesentlichen Zuständigkeiten für die Mobilität aber nicht bei uns sondern bei der Wallonischen Region und beim Föderalstaat.

Demnach werden wir verstärkt den Dialog mit den zuständigen Stellen in Namur und Brüssel suchen.

Werte Kolleginnen und Kollegen,

wir werden bei dem, was wir uns vorgenommen haben, nur dann erfolgreich sein können, wenn wir gezielt auf **Zusammenarbeit** setzen – auf Zusammenarbeit mit unseren innerbelgischen und mit unseren europäischen Partnern.

Innerbelgisch werden wir eng und partnerschaftlich mit allen Entscheidungsebenen zusammenarbeiten.

Dazu gehört zum einen die föderale Ebene. Wir brauchen dringend eine handlungsfähige Föderalregierung! Ansonsten droht Vieles in unserem Land in eine bedrohliche Schieflage zu geraten. Das gilt insbesondere für den belgischen Staatshaushalt.

Selbstverständlich werden wir in unseren Beziehungen zum Föderalstaat alle Resolutionen beherzigen, die unser Parlament zur institutionellen Stellung der DG und zur Stellung der deutschen Sprache verabschiedet hat. Das gilt insbesondere für die zukunftsweisenden Resolutionen aus den Jahren 2011 und 2019. Wir halten an allen in diesen Texten formulierten Zielen fest.

Zum anderen werden wir zeitnah mit allen Regierungen der Gemeinschaften und Regionen Kontakt aufnehmen, die bestehenden Zusammenarbeitsabkommen evaluieren, wenn nötig auch erweitern, und gemeinsame Regierungssitzungen vereinbaren.

Besondere Aufmerksamkeit wollen wir naturgemäß unseren Beziehungen zur Wallonischen Region widmen. Wir wollen unsere guten Beziehungen zur Wallonischen Region weiter ausbauen.

Auch für die Beziehungen zur Wallonischen Region gilt, dass wir allen an sie gerichteten Resolutionen unseres Parlamentes den nötigen Nachdruck verleihen wollen.

Dabei kommt Artikel 139 der Verfassung eine besondere Bedeutung zu. Dieser Artikel hat seit 1984 einen beachtlichen Ausbau unserer Autonomie ermöglicht.

Alleine in der letzten Legislaturperiode ist es fünf Mal gelungen, Artikel 139 unserer Verfassung zu aktivieren, um im Einvernehmen mit der wallonischen Regierung und dem wallonischen Parlament Zuständigkeiten von der Wallonischen Region an die DG zu übertragen.

In den kommenden Jahren wollen wir uns besonders auf die **Forderungen zur Übertragung der ländlichen Entwicklung und der Provinzzuständigkeiten** an die DG konzentrieren. Wir stehen dazu: wir wollen ein **provinzfreies Gebiet** werden!

Auch wollen wir die Zusammenarbeit mit unseren frankophonen Nachbargemeinden verstärken.

Zu diesem Zweck wird die gesamte Regierung nicht nur die regelmäßigen Kontakte mit den dortigen Verantwortungsträgern fortsetzen sondern darüber hinaus alle frankophonen Nachbargemeinden besuchen, um mit den Gemeindeverantwortlichen und mit der dortigen Bevölkerung auszutauschen, Brücken zu bauen und neue sprachgrenzübergreifende Projekte anzustoßen.

Gleichzeitig werden wir sehr großen Wert auf die **Vertiefung grenzüberschreitender Freundschaften** legen.

Wir wollen auch weiterhin ein verlässlicher Partner sein, in der EMR, in der Großregion und in europäischen Gremien. Unsere Mandate im ADR und im Kongress der Gemeinden und Regionen werden wir aktiv ausüben.

Wir sind eine weltoffene, **pro belgische und pro europäische Gemeinschaft**.

Wir wissen um den Mehrwert der europäischen Integration, der wir Jahrzehnte des Friedens, der Freiheit und des Wohlstands verdanken.

Deshalb wollen wir alle uns gegebenen Möglichkeiten nutzen, um den europäischen Gedanken zu leben und die **europäische Integration zu verfestigen**.

Vor diesem Hintergrund werden wir unter anderem regelmäßige gemeinsame Regierungssitzungen mit unseren europäischen Nachbarn anstreben: mit dem Großherzogtum Luxemburg, mit den Landesregierungen von NRW und Rheinland-Pfalz sowie mit der niederländischen Provinz Limburg.

Kolleginnen und Kollegen,

das **Regionale Entwicklungskonzept, „Ostbelgien leben 2025“, wird 2025 abgeschlossen sein**.

Somit endet ein durch Kontinuität, Transparenz, Partizipation und Nachhaltigkeit gekennzeichneter Prozess, der immerhin 3 Regierungen der DG als Orientierungsgrundlage gedient haben wird.

Die Regierung wird diesen Prozess am Ende dieser Legislaturperiode abschließend evaluieren und dokumentieren, was das REK letztlich als Ganzes bewirkt hat, welche REK-Zukunftsziele als umgesetzt betrachtet werden können, welche Ziele es auch 2025 weiterzuverfolgen gilt und welche neuen Ziele aus neuen Entwicklungen abzuleiten sind.

Selbstverständlich werden wir bis 2025 nicht alle gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, politischen und natürlichen Herausforderungen, die unsere Region betreffen, vollends bewältigt haben.

Deshalb werden in dieser Legislaturperiode **ein neues REK für die Zeit nach 2025** vorbereiten.

Auf diesen neuen Regionalentwicklungsprozess werde ich zu einem späteren Zeitpunkt noch einmal in Form einer Regierungserklärung zurückkommen.

Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen,

wir haben das große Glück, über ein interessantes Autonomiestatut zu verfügen, das es uns erlaubt, einen Teil unseres Schicksals selbst in die Hand zu nehmen.

Ohne Autonomie könnten wir hier gar nichts beschließen.

Gäbe es unsere Autonomie nicht, müssten wir tatenlos zusehen, wie andere für und über uns entscheiden.

Unsere Autonomie macht uns handlungsfähig.

Sie erlaubt uns, den Einwohnern unserer Gemeinschaft zu dienen.

Sie erlaubt uns in wesentlichen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens selbstbestimmte Entscheidungen zu treffen, globalen Entwicklungen Rechnung zu tragen, maßgeschneidert zu handeln und unsere Gemeinschaft fit für die Zukunft zu machen.

Genau das haben wir uns vorgenommen:

Wir wollen die **hohe Lebensqualität in unserer Heimat trotz globaler Veränderungen bewahren**. Und das wird nur gelingen, wenn wir selbst Veränderungen vornehmen.

Gustav Heinemann hat einmal gesagt: „Wer nichts verändern will, wird auch das verlieren, was er bewahren möchte.“

In diesem Sinne verspreche ich Ihnen nicht, dass alles so bleiben wird, wie es ist.

Im Gegenteil! Ich verspreche Ihnen **eine Legislaturperiode des Aufbruchs!**

Wie Sie feststellen konnten, werden wir **in allen Zuständigkeiten unserer Gemeinschaft tiefgreifende Reformen** beschließen und Veränderungen vornehmen.

Uns ist bewusst, dass grundlegende Veränderungen auf Widerstände stoßen können.

Aber wir sind schließlich nicht gewählt worden, um uns beliebt zu machen.

Unser Auftrag besteht vielmehr darin, unser Tun am langfristigen Wohl der Bevölkerung auszurichten.

Das erwarten die Menschen von uns Politikern.

Und wir werden keine Mühen scheuen, um diesem Anspruch gerecht zu werden.

Die Regierung wird ihr Programm mit Entschlossenheit, Durchsetzungskraft, Leidenschaft und im Dialog mit allen Beteiligten umsetzen.

**Wir bieten allen Fraktionen dieses Hauses eine enge Zusammenarbeit** an. Das gilt nicht nur für die Mehrheit sondern auch für die Opposition.

Die Regierung ist ausdrücklich bereit, die Kritik und die Vorschläge der Opposition ernst zu nehmen. Aus diesem Grund habe ich im Vorfeld dieser Regierungserklärung Einzelgespräche mit allen Fraktionsführern geführt.

Wer mir aufmerksam zugehört hat, wird erkannt haben, dass wir schon jetzt Anregungen der Opposition in unser Programm aufgenommen haben.

Wir würden uns freuen, wenn alle gewählten Mitglieder dieses Hauses - in einem konstruktiven Wettstreit der Ideen - daran mitarbeiten könnten, unsere Gemeinschaft zukunftsfähig zu machen.

In diesem Zusammenhang begrüßt die Regierung ausdrücklich die Bemühungen des Parlamentspräsidenten, unser Parlament durch eine Reform der Parlamentsarbeit weiter aufzuwerten. Wir werden diesen Prozess gerne unterstützen.

Wir laden Sie alle ein, die anstehenden Jahre des Aufbruchs mitzugestalten.

Diese Einladung richten wir nicht nur an die Mitglieder dieses Parlaments sondern an alle Bürgerinnen und Bürger.

Wir wollen die Empfehlungen des neu geschaffenen **Bürgerrates** bzw. der Bürgerversammlungen nicht nur ernst nehmen sondern bestmöglich verwirklichen.

Denn wenn wir unsere Gemeinschaft zukunftstauglich machen wollen, dann müssen wir nicht zuletzt jene Grundlage stärken, auf der das gesamte politische Handeln unserer Gemeinschaft beruht: die Demokratie.

Die Ergänzung der repräsentativen Demokratie durch deliberative Instrumente, das Bemühen der Politiker um einen besseren, direkten und offenen Dialog mit der Bevölkerung, die konsequente Anwendung des Subsidiaritätsprinzips und die Schaffung von zusätzlichen Beteiligungsmöglichkeiten können dabei helfen, das Vertrauen der Menschen in die Demokratie zu stärken. Das alleine wird nicht ausreichen.

Aber es lohnt sich, mit aller Kraft daran zu arbeiten!

Vielen Dank für Ihre geduldige Aufmerksamkeit!